



Detailansicht des Registereintrags

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V. - DIE JUNGEN UNTERNEHMER

Stand vom 08.04.2025 11:13:03 bis 18.06.2025 11:13:31

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000433
Ersteintrag:	11.02.2022
Letzte Änderung:	08.04.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	03.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	<p>Adresse: z. Hd. Henry Borrmann Charlottenstraße 24 10117 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +493030065481 E-Mail-Adressen: borrmann@familienunternehmer.eu Webseiten: https://www.familienunternehmer.eu</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

1.760.001 bis 1.770.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

11,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Albrecht von der Hagen

Funktion: Hauptgeschäftsführer

2. Marie-Christine Ostermann

Funktion: Präsidentin

3. Claudia Sturm

Funktion: Vizepräsidentin

4. Doris Zur Mühlen

Funktion: Vizepräsidentin

5. Rüdiger Behn

Funktion: Bundesvorstand

6. Thomas Hoppe

Funktion: Bundesvorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (48):

1. Dr. Peer-Robin Paulus

2. Dr. Daniel Mitrenga

3. René Bohn

4. Dr. Julian Dörr

5. Niklas König

6. Henry Borrmann

7. Madita Plage

8. Lukas Bülter

9. Stefan Griese

Tätigkeit bis 12/23:

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

10. Luitpold Prinz von Bayern

11. Peter Bollhagen

12. Colette Boos-John

13. Christian Haase

- 14. Wolfgang Herges**
- 15. Sven Höppner**
- 16. Joachim Jahn**
- 17. Jens Kersten**
- 18. Götz-F. Landwehrmann**
- 19. Michael Moritz**
- 20. Dirk Martin**
- 21. Dr. Kai Rinlake**
- 22. Joachim Schramm**
- 23. Stefan Schröter**
- 24. André Schulte-Südhoff**
- 25. Sebastian Witt**
- 26. Dr. Eva Vesterling**
- 27. Udo J. Vetter**
- 28. Larissa Zeichhardt**
- 29. David Zülow**
- 30. Dr. Patrick Adenauer**
- 31. Marcus Nicklisch**
- 32. Dietmar Rendels**
- 33. Dr. Stephan Gneuß**
- 34. Julian Sels**
- 35. Reinhold von Eben-Worlée**
- 36. André Bartel**
- 37. Thomas Diehl**
- 38. Werner Thumbs**
- 39. Karsten Sehlhoff**
- 40. Mario Lehmann**
- 41. Jan-Ulrik Heydorn**

Tätigkeit bis 10/21:
pers. Referent
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

42. Dr. Dorothea Mund LL.M. (GWU)

43. Albrecht von der Hagen

44. Marie-Christine Ostermann

45. Claudia Sturm

46. Doris Zur Mühlen

47. Rüdiger Behn

48. Thomas Hoppe

Gesamtzahl der Mitglieder:

6.600 Mitglieder am 24.05.2024, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (9):

1. Allianz für Cybersicherheit ACS
2. Wirtschaftsforum der SPD
3. Bündnis für ökonomische Bildung - BÖB
4. European Family Businesses
5. Initiative für eine nachhaltige und generationengerechte Pflegereform
6. Wuppertaler Kreis e.V.
7. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen
8. Allianz für Lobbytransparenz
9. Deutsche Gesellschaft für Verbandsmanagement e.V. (DGVM)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (49):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Außenwirtschaft; Berufliche Bildung; Schulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bundestag"; Allgemeine Energiepolitik; Entwicklungspolitik; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Familienpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Cybersicherheit; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Meinungs- und Pressefreiheit; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Öffentliches Recht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Arbeitslosenversicherung; Grundsicherung; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung; Unfallversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt";

Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verteidigung"; Automobilwirtschaft; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Handwerk; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Förderung der Selbstständigkeit, des Eigentumsgedankens und der Selbstverantwortung; Mitarbeit am Ausbau einer offenen Gesellschaft; Vertretung des Standpunktes und der Interessen der selbständigen Unternehmer; Anstreben eines fortschrittlichen Unternehmertums, das sich durch Leistung legitimiert; Förderung der Ausbildung und der Weiterbildung der selbständigen Unternehmer, des Unternehmernachwuchses und der Mitarbeiter.

Zur Vertretung dieser Interessen tritt der Verband DIE FAMILIENUNTERNEHMER unter anderem durch den Versand von Positionspapieren und Stellungnahmen, durch direkte Gespräche mit Abgeordneten und/oder Vertreter/-innen der Bundesregierung und verwandte Aktivitäten mit den politischen Entscheidern in Kontakt und in den Dialog.

Konkrete Regelungsvorhaben (17)

1. [Green Paper Transformation Gas-/Wasserstoff-Verteilernetze - Ziel: sinnvolle Weiternutzung](#)

Beschreibung:

Das BMWK beschäftigt sich in einem Green Paper mit der zukünftigen Rolle der Gasverteilnetze. Diskutiert werden die Modalitäten der Stilllegung, die Neuregelung des Anschlusszwangs und die Kosten, welche auf die Verbraucher zukommen. DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V. votieren dafür, diese hervorragende Infrastruktur technologieoffen und klima- sowie energiepolitisch weiterhin sinnvoll zu nutzen, wo das wirtschaftlich möglich ist.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2405240031 \(PDF - 4 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.04.2024 an:

Bundesregierung

2. Nationale CSRD-Umsetzung: Ziel ist Förderung des Wettbewerbs bei der Testierung sowie eine bürokratiearm Ausgestaltung der Nachhaltigkeitsgesetzgebung

Beschreibung:

Umsetzung CSDR in nat. Recht. Dazu hat das BMJ den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtl. (EU) 2022/2464 vorgelegt. Der Umfang an bürokrat. Belastungen für die deutsche Wirtschaft nimmt seit Jahren zu. Mit dem Inkrafttreten der CSDR wird europaweit der Anwendungskreis der berichtspflichtigen Unternehmen von 12.000 auf 50.000 Unternehmen ausgeweitet, in D (15.000 statt urspr. 500 Unternehmen). Laut BMJ entsteht dadurch ein Erfüllungsaufwand von einmalig 748 Mio. Euro und jährlich laufend von ca. 1,4 Mrd. Euro. Damit droht ein geradezu paradoxer Effekt: Statt dass sich Unternehmer auf die ökologische und dig. Transformation zu konzentrieren werden Ressourcen für Berichterstattung gebunden. Forderung: 1:1 Umsetzung der Richtlinie oder Bürokratieabbau an anderer Stelle.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

HGB [alle RV hierzu]; HGBEG [alle RV hierzu]; LkSG [alle RV hierzu]; AktG [alle RV hierzu]; AktGEG [alle RV hierzu]; EGGmbHG [alle RV hierzu]; KredWG [alle RV hierzu]; KAGB [alle RV hierzu]; WpHG [alle RV hierzu]; VermAnlG [alle RV hierzu]; WpIG [alle RV hierzu]; BHO [alle RV hierzu]; URV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406260123](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. Bürokratieabbau und Transparenzsteigerung Lobbyregistergesetz**Beschreibung:**

Senkung der massiven und unnötigen Bürokratiekosten des Lobbyregistergesetzes durch Einführung eines Online-Konsultationsverfahrens und Verzahnung des exekutiven Fußabdrucks gemäß des Vorschlages der Allianz für Lobbytransparenz sowie über 60 weiterer großer und kleiner Interessengruppen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft: "Gleicher Inhalt, weniger Bürokratie und mehr Transparenz."

Abschaffung der pauschalen Ausnahmen für große und wichtige Interessengruppen wie Kirchen, Gewerkschaften oder AG-Verbände von der Registrierungspflicht im LobbyRG und Beseitigung des wettbewerbsverzerrenden unlevel-playing-field.

Offenlegung der Herkunft der finanziellen Zuwendungen an Lobbyorganisationen über 50.000 €, um Transparenz zu schaffen, wer wessen Interessen vertritt.

Betroffenes geltendes Recht:

LobbyRG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliches Recht [alle RV hierzu]

4. Verbesserung und Entbürokratisierung Energieeffizienzgesetzgebung**Beschreibung:**

Grundsätzlich sehen DIE FAMILIENUNTERNEHMER die Energieeffizienzgesetzgebung kritisch. Wirtschaftliche Energieeffizienzpotentiale werden schon aus rein betriebsw. Gründen gehoben. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Familienunternehmen ist von einer effizienten Produktion abhängig. Es ginge also, m. a. W., auch ohne Gesetze wie hier entworfen.

Klimapolitisch ist die EnEfG spätestens mit dem ETS 2 unnötig.

Da es sich um die Umsetzung von EU-Recht handelt, fordern die FamU eine 1:1 Umsetzung.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf einer Energieauditorenfort- und Weiterbildungsverordnung sowie zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Energiedienstleistungen und andere Effizienzmaßnahmen sowie zur Änderung des Energieeffizienzgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 03.04.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
(20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnEfG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260147 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

5. Einflussnahme auf die nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie

Beschreibung:

Entwurf nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie - Ziel der Interessenvertretung ist es, die Kreislaufwirtschaftsstrategie ökologisch und ökonomisch effizient auszugestalten, sowie bürokratiearme Verfahren anzuregen. Wettbewerbsnachteile für heimische Unternehmen sollten soweit wie möglich ausgeschlossen werden.

Betroffenes geltendes Recht:

KrWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407170003 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.07.2024 an:

Bundesregierung

6. Emissionshandel - CBAM - CO2-Grenzausgleichsmechanismus

Beschreibung:

Die Interessenvertretung bezieht sich auf europäisches Recht, den europäischen Emissionshandel und den dort integrierten Carbon-Leakage-Schutz. DIE FAMILIENUNTERNEHMER erachten den angestrebten CBAM-Mechanismus als falschen Weg und setzen sich stattdessen für alternative Lösungen ein, die keinen ökologischen Nachteil aufweisen, aber ökonomisch effizienter sind.

Ziel: Beibehaltung der Zuteilung kostenloser Zertifikate für bestimmte Wirtschaftsbereiche.

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- SG2407170006 (PDF - 2 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 05.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. Jahressteuergesetz 2024 - II - Bewertung der vorhandenen Maßnahmen

Beschreibung:

DIE FAMILIENUNTERNEHMER nehmen Stellung zum JStG 2024 II und bringen konkrete Vorschläge für die Verbesserung bei den einzelnen konkreten Maßnahmen ein. Darüber hinaus lehnen DIE FAMILIENUNTERNEHMER die Mitteilungspflichten für innerstaatliche Steuergestaltungen ab.

Ziel: Entbürokratisierung des Steuersystems und Schaffung wettbewerbsfähiger Unternehmensbesteuerung.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 369/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12780 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]; SolZG [alle RV hierzu]; AO 1977 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407170010 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

8. Bundshaushalt, Finanzpolitik - Generationengerechte und nachhaltige Finanzpolitik

Beschreibung:

DIE FAMILIENUNTERNEHMER begleiten die Aufstellung des Bundeshaushaltes - aktuell insbesondere den Bundeshaushalt 2025. Dabei achten DIE FAMILIENUNTERNEHMER insbesondere auf eine nachhaltige Finanzpolitik, die ohne neue Schulden auskommt und so die nachfolgenden Generationen nicht belastet.

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2408010018 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. Allgemeine Energiepolitik - ökologisch und ökonomisch nachhaltige Energiepolitik

Beschreibung:

DIE FAMILIENUNTERNEHMER wirken auf eine ökologisch und ökonomisch nachhaltige Energiepolitik hin.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [**SG2408010019** \(PDF - 1 Seite\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

10. Kraftwerksstrategie und Kapazitätsmärkte - Ablehnung planwirtschaftlicher Eingriffe**Beschreibung:**

Kraftwerkssicherungsgesetz - DIE FAMILIENUNTERNEHMER lehnen das KWSG in der derzeitigen Form ab und drängen auf eine marktwirtschaftliche Lösung ohne Markteingriffe und Subventionierung.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Kraftwerkssicherheitsgesetz

Datum des Referentenentwurfs: 11.09.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle RV hierzu](#)]

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [**SG2409270063** \(PDF - 16 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Versendet am 26.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

11. Haushalt 2025**Beschreibung:**

Nachhaltige Finanzpolitik

Ziel: Aufstellung eines generationengerechten Haushalts unter Beibehaltung der Schuldenbremse, Priorisierung von Aufgaben

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12400 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HG 2025)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409270070 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

12. Nachhaltige Aufstellung der Sozialen Sicherungssysteme

Beschreibung:

Interessenvertretung wird hinsichtlich der sozialen Sicherungssysteme betrieben. Insbesondere im Hinblick auf die Rentenversicherung, Pflegeversicherung und Krankenversicherung. DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER drängen hier auf Reformen und eine nachhaltige Aufstellung der sozialen Sicherungssysteme.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Gesetz zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung

Datum des Referentenentwurfs: 05.03.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 6 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]; Rente /Alterssicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412200037 \(PDF - 21 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

13. Ökonomische Bildung im Schulsystem

Beschreibung:

Stärkung der ökonomischen Bildung im Schulsystem

Interessenbereiche:

Schulische Bildung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412200039 \(PDF - 64 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP)
[\[alle SG dorthin\]](#)

14. Solidaritätszuschlag - Abschaffung

Beschreibung:

DIE FAMILIENUNTERNEHMER wirken auf die Abschaffung des Solidaritätszuschlages hin, um die Wettbewerbsfähigkeit der Familienunternehmen zu stärken.

Betroffenes geltendes Recht:

SolZG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412200074 \(PDF - 2 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2024 an:

Bundestag

Faktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

15. Vergabetransformationspaket**Beschreibung:**

Ordnungspolitisch und gemäß dem GWB angewandte öffentliche Auftragsvergabe

Ziel: Keine Verzerrung der Vergabeverfahren durch politisch motivierte und ideologische Kriterien

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14344 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Transformation des Vergaberechts
(Vergaberechtstransformationsgesetz - VergRTransfG)

Zuständiges Ministerium: [BMWK \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): [Entwurf eines Gesetzes zur Transformation des Vergaberechts \(Vergaberechtstransformationsgesetz - VergRTransfG\) \(20. WP\) \(Vorgang\)](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[GWB](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Wettbewerbsrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2412200108](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

16. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie durch Sicherung**Beschreibung:**

Tarifpolitik und Tarifbindung und die damit einhergehenden Regelungen in den Händen der Tarifpartner belassen

Ziel: Verhinderung politischer Eingriffe in die Tariffreiheit.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14345 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz)

1. Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMAS): Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes und weitere Maßnahmen (Tariftreuegesetz) (20. WP) (Vorgang)

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes und weitere Maßnahmen (Tariftreuegesetz) (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

TVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412200121 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

17. Vorschlag einer EU-Richtlinie über Umweltaussagen (2023/0085(COD): Vorab-Prüfung sämtlicher umweltbezogener Werbemaßnahmen soll verhindert werden

Beschreibung:

DIE FAMILIENUNTERNEHMER setzen sich für eine brüderlichkeitarme und praktikable Umsetzung der Richtlinie ein. Selbstverständlich sollen die angestrebten Ziele erreicht werden. Dies ist jeder ohne Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der Familienunternehmen durch richtige Umsetzung möglich.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. **SG2504080003** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2504080004** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. **SG2504080005** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. **SG2504080006** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

7.050.001 bis 7.060.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[JA-2023.pdf](#)